

Taiwans UN-Mitgliedschaft: richtiges Ziel, falscher Weg

Sven Bernhard Gareis

Weltweit hatte das Anhängsel fast mehr Aufmerksamkeit erregt als die Hauptsache. Eigentlich waren die rund 17 Millionen Wahlberechtigten der Republik China (Taiwan) am 22. März 2008 aufgerufen, zum vierten Mal in der Geschichte der jungen Demokratie ihren Staatspräsidenten in direkter Wahl zu bestimmen. Doch parallel zu dieser Richtungswahl über den künftigen politischen Kurs der Insel gegenüber dem chinesischen Festland lagen den Wählern zwei Referenden vor, in denen sie über die Bewerbung ihres *De-facto*-Staates um die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen entscheiden sollten.

Diese Referenden hatten bereits im Vorfeld den Zorn der Volksrepublik China erregt. Insbesondere wurde der Vorschlag der regierenden Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), sich unter dem Staatsnamen ›Taiwan‹ zu bewerben, als separatistischer Versuch zur Änderung des Status quo zwischen beiden Chinas bekämpft. Aber auch der moderatere, die Namensfrage offen lassende Entwurf der oppositionellen Nationalchinesischen Partei (KMT) stieß auf heftige Kritik der Beijinger Führung. Die Volksrepublik, die Taiwan 1971 aus den Vereinten Nationen verdrängte, sieht sich als alleinige Vertreterin Chinas und betrachtet die Insel als abtrünnige Provinz. In Anerkennung dieses Ein-China-Prinzips hatten denn auch die USA und viele Staaten der Europäischen Union, allen voran Deutschland, die Initiative des scheidenden taiwanesischen Präsidenten Chen Shui-bian mit teils drastischen Formulierungen zurückgewiesen. Schließlich waren auch die Taiwanesen selbst nicht von den Vorlagen überzeugt – beide Referenden blieben mit je rund 36 Prozent weit unter dem gesetzlich geforderten Quorum einer Beteiligung von 50 Prozent der Wahlberechtigten.

Lässt sich aus dem Scheitern der Referenden ein mangelndes Interesse der Taiwanesen an einer UN-Mitgliedschaft ableiten? Keine Interpretation könnte verkehrter sein, die Dinge liegen in Taiwan komplizierter. Unter den Bürgern der Inselrepublik ist es gerade angesichts der aggressiven (und erfolgreichen) Isolationspolitik der Volksrepublik völlig unstrittig, dass der internationale Status Taiwans der Verbesserung bedarf und dass ein geeigneter Weg hierzu in der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen wie den UN zu suchen ist.

So mochte es Präsident Chen als geschickten Schachzug ansehen, den Herzenswunsch der allermeisten Taiwanesen mit seinem prononciert auf die Loslösung vom Festland zielenden Kurs zu verbinden und auf einen Mobilisierungseffekt für den Nachfolgekandidaten seiner DPP, Frank Shieh, zu setzen. Die Eigenständigkeit Taiwans ist für Chen wie auch für große Teile seiner Partei das zentrale politische Anliegen. Die stärker am Ausgleich mit dem Festland orientierte KMT unter ihrem Kandidaten Ma Ying-jeou wiederum befürchtete Nachteile, wenn sie das äußerst populäre, aber nun durch

die Regierungspartei besetzte Thema einfach ablehnen würde. Trotz grundsätzlicher Skepsis gegenüber jeder Form von direkter Demokratie entschied sich die KMT daher zu einem halberzigen Gegenreferendum. Damit wollte sie ihre Chancen bei der Präsidentenwahl wahren und konnte gleichzeitig durch die Zersplitterung der Stimmen auf ein Scheitern beider Referenden hinarbeiten. Der eigentlich einhellige Wunsch, Mitglied in den Vereinten Nationen zu werden, wurde so zur Geisel eines extrem polarisierten Richtungswahlkampfes und blieb am Ende auf der Strecke.

Die innenpolitische Instrumentalisierung des UN-Themas durch Präsident Chen Shui-bian war dabei von vornherein unübersehbar. Selbst im Fall eines positiven Ausgangs hätte sein Referendum den Taiwanesen keinerlei Verbesserung ihrer Situation beschert, sondern vielmehr noch wütendere Reaktionen Beijings bewirkt. Auf eine Aufnahme in die UN als Folge des Referendums hätte ohnedies niemand rechnen können; ein entsprechender Antrag Taiwans wäre spätestens am Veto der Volksrepublik im Sicherheitsrat gescheitert. Übrig geblieben wäre allenfalls ein verzweifelter Hilferuf an die Welt. Doch diesem Eindruck wollten sich die ob ihrer demokratischen und ökonomischen Erfolge zu Recht selbstbewussten Taiwanesen offenkundig nicht aussetzen.

Der am 22. März 2008 mit übergroßer Mehrheit zum Präsidenten gewählte Ma Ying-jeou verfolgt denn auch einen anderen Kurs: Er strebt eine Aussöhnung mit dem Festland auf der Grundlage eines *modus vivendi* an, der einerseits an den Vorstellungen eines gemeinsamen China festhält, der aber andererseits den gewachsenen politisch-kulturellen Identitäten auf beiden Seiten der Taiwan-Straße Rechnung tragen will. Mit der Zusage eines Verzichts auf eine Loslösung Taiwans sollen die Beziehungen auf eine neue Grundlage gestellt werden, die über gemeinsame Vorteile einer engeren wirtschaftlichen Verflechtung hinaus auch den internationalen Status der Insel verbessern helfen sollen – bis hin zu einer vielleicht auch von der Volksrepublik akzeptierten UN-Mitgliedschaft Taiwans.

Damit kommen die großen etablierten Demokratien dieser Welt ins Spiel: Taiwan hat sich nicht erst durch die Wahlen des Jahres 2008 als vorbildliches Mitglied im Club der Demokratien bewährt. Es verdient daher die Anerkennung und Unterstützung gerade jener Staaten, mit denen es zentrale Werte und Interessen teilt. Der von Ma Ying-jeou eingeschlagene Weg, der eines Tages in die Vereinten Nationen führen könnte, ist viel schwieriger als es der instrumentelle Referendumsentwurf seines Vorgängers glauben machte. Wenn das demokratische Lager etwas für seine politische Glaubwürdigkeit tun will, sollte es Taiwan auf seinem neuen Kurs stärker unterstützen als bislang.



Prof. Dr. Sven Bernhard Gareis, geb. 1962, ist Leiter der Wissenschaftlichen Akademie der Bundeswehr in Hamburg und lehrt Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Während der Präsidentenwahl und Referenden hielt er sich als Beobachter in Taiwan auf.